

Klatt, Nikolina; Boese-Schlosser, Vanessa

Article

Zwischen Fakten und Fiktion: Wie industrielle Desinformation die Demokratie bedroht

WZB-Mitteilungen: Quartalsheft für Sozialforschung

Provided in Cooperation with:

WZB Berlin Social Science Center

Suggested Citation: Klatt, Nikolina; Boese-Schlosser, Vanessa (2023) : Zwischen Fakten und Fiktion: Wie industrielle Desinformation die Demokratie bedroht, WZB-Mitteilungen: Quartalsheft für Sozialforschung, ISSN 2943-6613, Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB), Berlin, Iss. 180 (2/23), pp. 32-35,
<https://bibliothek.wzb.eu/artikel/2023/f-25570.pdf>

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/327831>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.



<https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/>

Zwischen Fakten und Fiktion

Wie industrielle Desinformation die Demokratie bedroht

Autokratisierung und Desinformation sind zu drängenden Problemen für Demokratien weltweit geworden. Unter Autokratisierung versteht man die allmähliche Erosion demokratischer Institutionen und den Aufstieg autoritärer Herrschaft. Desinformation ist die Verbreitung falscher oder irreführender Informationen mit der Absicht der Täuschung. Seit einiger Zeit ist sie ein profitabler Wirtschaftssektor. Die Autorinnen analysieren das Zusammenspiel beider Phänomene und illustrieren, wie sie die Stabilität demokratischer Systeme weltweit bedrohen.

Nikolina Klatt und Vanessa Boese-Schlosser

In den letzten Jahren ist in vielen Teilen der Welt ein besorgniserregender Trend zu beobachten: ein Rückgang der Demokratie (auch demokratische Erosion genannt) in Verbindung mit einer Zunahme autoritärer Regime. Dieser Trend wird gemeinhin als die „dritte Welle der Autokratisierung“ bezeichnet. Sie folgt auf die erste Welle, die in den 1930er-Jahren den Aufstieg faschistischer Regime in Europa brachte, und die zweite Welle mit Militärdiktaturen in Lateinamerika und anderswo in den 1960er- und 1970er-Jahren. Die gegenwärtige Welle ist dadurch gekennzeichnet, dass die demokratischen Merkmale von Regierungen nach und nach abnehmen – und das hinter einer legalen Fassade. Länder wie die Türkei, Ungarn und Russland haben solche Prozesse erlebt. Das Problem ist groß: Mehr als ein Drittel der Weltbevölkerung hat seit 1994 erhebliche Einschränkungen der bürgerlichen Frei-

heiten und der politischen Rechte erlebt. Tatsächlich lag der Grad an Demokratie, den der durchschnittliche Weltbürger oder die Weltbürgerin im Jahr 2022 genoss, auf dem Niveau von 1989, und 70 Prozent der Weltbevölkerung (konkret 5,4 Milliarden Menschen) lebten in Autokratien. Eine Rekordzahl von Ländern – insgesamt 33, das heißt 36 Prozent der Weltbevölkerung – erlebten einen Rückgang der Demokratie. Diese Autokratisierung geht mit einer zunehmenden Polarisierung und dem Einsatz von Desinformation durch autokratische Regierungen einher, die die nationale und die internationale Meinung zu beeinflussen versuchen.

Autokratisierung und Desinformation gehen Hand in Hand: Autokrat*innen setzen Desinformation strategisch ein, um ihre Macht aufrechtzuerhalten und zu stärken. Konkret nut-

zen sie dafür verschiedene Taktiken: Sie schränken die Transparenz ein, sie manipulieren offizielle Statistiken, sie beeinträchtigen den Internetverkehr und richten sich gezielt gegen einzelne einflussreiche Personen.

Der Abbau von Transparenz ist ein Kennzeichen autoritärer Regierungsführung. Autokrat*innen manipulieren Informationen und schränken Meinungsfreiheit strategisch ein, um die Kontrolle beizubehalten. Ein Beispiel dafür ist die chinesische Regierung: Amnesty International kritisiert die mangelnde Transparenz beim Melden von Menschenrechtsverletzungen, insbesondere in der Provinz Xinjiang. Die Regierung hat außerdem die Meinungsfreiheit eingeschränkt, indem sie soziale Medien und andere Online-Plattformen zensierte und überwachte. In den meisten autokratischen Ländern müssen sich die Bürger*innen heute aufgrund des eingeschränkten Internetzugangs und der Zensur auf staatlich kontrollierte Informationen verlassen. Die russische Regierung stützt sich seit 2008 zunehmend auf die Verbreitung falscher Informationen, insbesondere während der Annexion der Krim und des Einmarschs in die Ukraine. Der Kreml hat seine Informationskampagnen modernisiert und sie im In- und Ausland ausgeweitet, um demokratische Institutionen zu spalten und zu schwächen.

Autokrat*innen manipulieren auch offizielle Statistiken, um ihren Ruf im In- und Ausland zu verbessern. Forschungsergebnisse zeigen, dass autokratische Regierungen insbesondere Statistiken zu Wirtschaftsleistung und öffentlicher Gesundheit (z. B. Corona-Todeszahlen) bewusst verändern. So wurde bekannt, dass die Regierung in Nordkorea Wirtschaftsdaten und Statistiken schönt, um trotz weit verbreiteter Armut und einer angeschlagenen Wirtschaft ein Bild von Wohlstand und Fortschritt zu vermitteln. Transparenz, Zugänglichkeit und die Qualität der Berichterstattung sind entscheidend, wenn es darum geht, die Leistung verschiedener Regime zu vergleichen. Informationen sollten besonders kritisch betrachtet werden, wenn sie aus Autokratien kommen.

Darüber hinaus greifen autokratische Regierungen aktiv in den Online-Verkehr ein, um den Informationsfluss zu kontrollieren. Die „Große Firewall“ der chinesischen Regierung zum Beispiel blockiert den Zugang zu ausländischen Nachrichtenseiten und Social-Media-Plattformen, sie schränkt den Zugang der Be-

Nikolina Klatt ist studentische Hilfskraft in der Abteilung Transformationen der Demokratie und studiert im Master Public Policy an der Hertie School of Governance in Berlin. Zuvor arbeitete sie für das CoronaNet-Projekt und als Assistentin für Programmentwicklung in New York, wo sie die Jugendversammlung bei den Vereinten Nationen mitorganisierte. nikolina.klatt@wzb.eu

Foto: © privat, alle Rechte vorbehalten.

völkerung zu unabhängigen Informationsquellen ein und fördert stattdessen staatliche Propaganda.

Eine weitere Desinformationsstrategie autoritärer Regime besteht darin, einflussreiche Personen wie Journalisten, Oppositionsführerinnen und Aktivisten der Zivilgesellschaft mit falschen Anschuldigungen oder Schikanen zu belegen, um ihre Glaubwürdigkeit und ihren Einfluss zu untergraben und Zwietracht innerhalb demokratischer Institutionen zu säen. In der Türkei beispielsweise hat die Regierung Journalisten und Oppositionelle aufgrund erfundener Terrorismus- und Spionagevorwürfe festgenommen und inhaftiert, wodurch abweichende Meinungen unterdrückt und demokratische Grundpfeiler angegriffen wurden.

Die zunehmende Bedrohung durch Desinformation hat zudem eine entscheidende wirtschaftliche Seite: Desinformation ist zu einem profitablen Geschäftsmodell geworden, das global und lokal funktioniert. Längst ist es nicht mehr nur ein Werkzeug, mit dem autoritäre Führer ihr Image verbessern. Ein zentrales Merkmal dieses Geschäftsmodells ist seine Komplexität – die zugrunde liegende Infrastruktur und die Aufrechterhaltung der Logistik sind hochspezialisierte Dienstleistungen. Private Militärunternehmen wie die von Russland unterstützte Wagner-Gruppe bieten ihre

Desinformationsdienste dem Meistbietenden an, und das oft in Konfliktsituationen. Das mit dem russischen Präsidenten Wladimir Putin verbundene Multimillionen-Dollar-Unternehmen spielt eine zentrale Rolle in der afrikanischen Desinformationswirtschaft. Die Spezialisten dieser Gruppe produzieren Blockbuster-Filme zum „Dis-Infotainment“ und verbreiten über ihr umfangreiches Netzwerk in den sozialen Medien falsche Narrative (mutmaßlich auch mithilfe russischer Trollfabriken). Ihre Filme, die russische Soldaten meist als Helden darstellen, die Afrikaner unterstützen oder vom Einfluss der USA oder Chinas befreien, sind äußerst erfolgreich. In diesen Zusammenhängen geht Desinformation oft über eine einfache binäre Unterscheidung zwischen wahr oder falsch, links oder rechts hinaus. Hier geht es vielmehr um komplexe, auch in sich widersprüchliche Erzählungen. Diese Narrative sind absichtlich irreführend, sie greifen gefährdete Einzelpersonen, Gruppen oder sogar demokratische oder wissenschaftliche Institutionen an. Sie bergen die Gefahr physischer Gewalt.

Der enorme Erfolg der Desinformation als Geschäftsmodell ist auf Faktoren sowohl auf der Angebots- als auch auf der Nachfrageseite zurückzuführen. Auf der Angebotsseite drängen schwache Mediensysteme lokale Journalist*innen in das Geschäft mit der Desinformation, da es ih-

nen an alternativen beruflichen Optionen mangelt. Dies ist besonders schwerwiegend in Konfliktsituationen, in denen lokale Medien kaum oder gar nicht vorhanden sind. Weltweit bietet die Desinformationswirtschaft Akteuren die Chance, die Polarisierung im großen Maßstab voranzutreiben. Hier leistet „Code for Africa“ Aufklärungsarbeit, eine gemeinnützige Organisation, die sich mit Technologie und Datenjournalismus befasst. Sie deckt auf, wie Staaten von außerhalb in ganz Afrika Desinformationskampagnen betreiben und damit bewaffnete Konflikte anheizen. Die lokale Arbeit wird in solchen Kampagnen häufig an afrikanische Stellvertreter bzw. Auftragnehmerinnen übertragen, während dann global koordinierte Netzwerke die professionell produzierten Multimedia-Inhalte verbreiten. Solche Kampagnen nutzen Infotainment-Formate, um Medienwächter zu umgehen und junge oder unbedarfte Zielgruppen anzusprechen.

Auf der Nachfrageseite zeigt sich, dass polarisierende Nachrichten, die Wut oder andere emotionale Reaktionen hervorrufen, begehrter sind als die herkömmlichen Nachrichten. Dies zeigt sich beispielsweise in der Anzahl der Klicks auf den entsprechenden Websites. Diese Klicks generieren wiederum Einnahmen durch die Werbeanzeigen, die auf den Websites geschaltet sind – aufwiegende Inhalte machen Websites profitabler. Im Jahr 2016 entdeckten Reporter von BuzzFeed News beispielsweise über 140 Websites mit Sitz in der Stadt Veles in Nordmazedonien, die sich mit sensationslüsternen und oft falschen Inhalten zur US-amerikanischen Politik an Konservative und Trump-Anhänger richteten. Diese Websites bewerben ihre Inhalte über Facebook und generieren so möglichst viel Traffic. Dabei ist zu beachten, dass Nutzer*innen aus den USA viermal so viel Wert zugemessen wird wie Nutzer*innen aus anderen Ländern. Die meisten Beiträge auf diesen Websites werden von randständigen oder rechten Seiten in den USA kopiert, umgeschrieben und mit aufmerksamkeitsstarken Schlagzeilen versehen. Viele Beiträge sind komplett falsch oder zumindest irreführend. Technologieunternehmen wie Google oder Yahoo, die Online-Werbung schalten, haben begrenzte oder gar keine Richtlinien dafür, auf welchen Websites Anzeigen geschaltet werden dürfen. So kommt es, dass Unternehmen unbeabsichtigt Werbung auf Websites platzieren, die gefährliche Narrative verbreiten. Es zeigt sich, dass die Online-Werbung von Tech-Unternehmen global reguliert werden muss.

Vanessa Boese-Schlosser ist wissenschaftliche Mitarbeiterin der Abteilung Transformationen der Demokratie. Zuvor war sie bereits Gast der Abteilung und arbeitete unter anderem als Assistenzprofessorin am Geschwister-Scholl-Institut der Ludwig-Maximilians-Universität (LMU) München sowie am Varieties of Democracy (V-Dem) Institute an der Universität Göteborg in Schweden.
vanessa.boese@wzb.eu

Foto: © WZB/privat, alle Rechte vorbehalten.

Das Ausmaß, die Profite, die Komplexität und die Reichweite der Desinformationswirtschaft machen sie aktuell zu einer der größten Gefahren für Demokratie und Frieden. Die über soziale Medien verbreitete Desinformation wirkt nicht mehr nur unterschwellig – sie verleitet ihr Publikum zunehmend zu tatsächlicher Gewalt. Ein Hauptziel in Konfliktregionen sind die Vereinten Nationen: Es gibt Hinweise darauf, dass zu gewalttätigen Angriffen auf UN-Stützpunkte in der Demokratischen Republik Kongo vorsätzlich im Netz angestiftet wurde. Todesfälle unter Friedenstruppen und Demonstrierenden waren die Folge.

Die Widerstandsfähigkeit der Demokratie gegen Autokratisierung und Desinformation muss gestärkt werden, und dazu braucht es ein breites Spektrum an Strategien. Der allgemeine und freie Zugang zu Informationen und ein gesundes Mediensystem sind für das reibungslose Funktionieren einer Demokratie von entschei-

„Die Stärkung der lokalen Medieninfrastruktur ist eine Schlüsselstrategie zur Förderung der demokratischen Resilienz“

dender Bedeutung. Daher ist die Stärkung der lokalen Medieninfrastruktur eine Schlüsselstrategie zur Förderung der demokratischen Resilienz. Freie Medien können Machtmissbrauch aufdecken und die Öffentlichkeit über

wichtige politische Sachverhalte informieren. So garantieren sie politische Rechenschaftspflicht und Transparenz. Medienbildung versetzt Bürger*innen überhaupt erst in die Lage, Information und Desinformation unterscheiden zu können. Unabhängige Medien erlauben es lokalen Medienschaffenden, Inhalte auf angemessene und demokratische Weise zu verbreiten – Investitionen in lokale Medien und gut informierte Gemeinschaften sind also der Schlüssel zur Widerstandsfähigkeit. Auch eine verstärkte transnationale Zusammenarbeit gegen Desinformation und mehr Peer-Mentoring zwischen lokalen Akteuren anstelle von zentralisierten Schulungen unterstützen lokale Mediennetze, gerade in Konfliktsituationen. Digitale Rechte und Gesetzgebung sind weitere Bereiche, in denen Schritte unternommen werden können, um sicherzustellen, dass demokratische Grundsätze gewahrt bleiben, wie im Fall der Platzierung von Werbung. Schließlich empfiehlt es sich, die Kosten auf der Angebotsseite zu erhöhen. Desinformation muss teuer werden. Dies kann beispielsweise dadurch erreicht werden, dass die Drahtzieher entlarvt werden und dass diejenigen, die von Kampagnen profitieren, auf schwarze Listen gesetzt werden. Schlussendlich sollte durch den gezielten Aufbau eines funktionierenden Mediensystems auch denen, die jetzt in der Desinformationsökonomie tätig sind, Aufstiegsmöglichkeiten geboten werden. ●

Eine englische Fassung dieses Textes ist erschienen in The Loop, dem Blog des European Consortium for Political Research: the-loop.ecpr.eu/disinformation-in-autocratic-governance/

Literatur

Alexander, Lawrence/Silverman, Craig: How Teens in The Balkans Are Duping Trump Supporters with Fake News. BuzzFeed News. 04.11.2016. Online: <https://www.buzzfeed.com/craigsilverman/how-macedonia-became-a-global-hub-for-pro-trump-misinfo> (Stand 25.05.2023).

Amnesty International: Human Rights in China. 2022. Online: <https://www.amnesty.org/en/location/asia-and-the-pacific/east-asia/china/report-china/> (Stand 10.05.2023).

Boese, Vanessa/Hellmeier, Sebastian: Autocratization and Its Consequences. 2022. Online: <https://www.wzb.eu/en/article/autocratization-and-its-consequences> (Stand 10.05.2023).

Boese, Vanessa A./Lindberg, Staffan I./Lührmann, Anna: „Waves of Autocratization and Democratization: A Rejoinder“. In: Democratization, 2021, Jg. 28, H. 6, S. 1202-1210. DOI: 10.1080/13510347.2021.1923006.

Boese, Vanessa A./Lundstedt, Martin/Morrison, Kelly/Sato, Yuko/Lindberg, Staffan I.: „State of the World 2021: Autocratization Changing Its Nature?“. In: Democratization, 2022, Jg. 29, H. 6, S. 983-1013. DOI: 10.1080/13510347.2022.2069751.